

STRENG VERTRAULICH

Beamtenbesprechungen mit Oesterreich über die Integrationsfrage
24./25. September 1970 in Wien

Die Besprechungen wurden auf Einladung Oesterreichs auf dem Handelsministerium unter dem Vorsitz von Sektionschef Reiterer und unter Teilnahme von Botschafter Marquet (Aussenministerium), Sektionschef Pulta (Landwirtschaftsministerium) sowie weiteren Beamten geführt. Zeitweise war auch der neue Handelsminister, Staribacher, als Zuhörer anwesend. Der Unterzeichnete wurde ausserdem mit Herrn Botschafter Weitnauer von Aussenminister Kirchschräger empfangen. Schweizerische Teilnehmer an den Gesprächen: Jolles, Weitnauer, Languetin, Feller; Botschafter Escher, Zimmermann.

Auffallend war die im Vergleich zu früher vorbehaltlose Offenheit der Gespräche. Die Beamten haben offensichtlich die Ermächtigung erhalten, die sachliche Grundlage für ein enges Zusammengehen mit der Schweiz zu legen. Aussergewöhnlich war das Entgegenkommen, das darin bestand, den ersten Entwurf der österreichischen Eröffnungserklärung zur Diskussion zu stellen und uns zur Meinungsäusserung einzuladen (Beilage). Wir erhielten den Eindruck, dass das österreichische Verhandlungsziel bezüglich der handelspolitischen Aspekte dem schweizerischen sehr weitgehend entspricht, dass Oesterreich jedoch, was die Mitwirkung an der "Integration der zweiten Generation" betrifft, weniger interessiert ist als wir. Eine weitere Aussprache mit Oesterreich, an der auch das taktische Vorgehen in Brüssel besprochen werden soll, ist für den 22./23. Oktober in Bern vorgesehen.

Im einzelnen ist aus dieser Gesprächsrunde folgendes festzuhalten:

1. Informationsaustausch

Die Oesterreicher haben mit Luns und Schumann sowie vor wenigen Tagen mit Scheel in Wien Gespräche geführt. Sie er-

hielten, wie wir, den Eindruck, dass in den verschiedenen EG-Hauptstädten noch keine genauen Vorstellungen über die Regelung für die Neutralen bestehen. Man sei jedoch allgemein bestrebt, eine Lösung zu finden, die auch Finnland einbeziehen würde. Scheel glaubt, dass in den England-Verhandlungen mit raschen Fortschritten gerechnet werden kann. Das Verhandlungsmandat für ein Interimsarrangement mit Oesterreich sei von der Kommission zwar vorbereitet worden, dürfte aber erst an der Ministerkonferenz von Ende Oktober verabschiedet werden. Auf dem Papiersektor ergäben sich Probleme. Scheel habe erneut betont, dass der Abschluss dieses auf eine 30%ige präferenzielle Zollsenkung beschränkten Arrangements erst im Gesamtzusammenhang der Verhandlungen mit den Neutralen für eine endgültige Lösung abgeschlossen werden könne. Wir orientierten die Oesterreicher unsererseits über die Gespräche mit Lipkowski und den Dänen.

Das Gespräch mit Aussenminister Kirchschräger hat zusätzlich ergeben, dass Oesterreich die Neutralität nicht im Sinne von Vorbehalten, sondern als positiven Beitrag für ein europäisches politisches System darstellen will. Auch innenpolitisch will die Regierung zeigen, was die Neutralität alles zu tun erlaubt (Kandidatur für den Sicherheitsrat), und nicht nur, was sie zu tun verbietet. Die Regierung erachtet die Aufrechterhaltung der "Treaty Making Power" als essentiell. Nicht nur wichtig, was der Neutrale ist, sondern was er scheint. Kirchschräger wird an der UNO-Generalversammlung die EG-Aussenminister, vor allem Harmel, von der Notwendigkeit einer Sonderregelung zu überzeugen suchen.

Oesterreich zieht aus dem russisch-deutschen Vertrag nicht den Schluss, dass die russische Opposition gegen eine enge österreichische Bindung an die EG nachlassen würde. Scheel glaube jedoch, Russland überzeugt zu haben, dass die EG nicht mehr gesprengt werden könne, so dass es im russischen Interesse liegen werde, sich mit der EG als Handelspartner zu verständigen. Perspektive einer Zusammenarbeit zwischen EWG und COMECON. In

letzter Zeit seien keine russischen Warndemarchen in Wien mehr erfolgt.

2. Inhalt der anzustrebenden Sonderlösung

Für Oesterreich steht auf dem handelspolitischen Bereich ebenfalls die Herstellung des Warenfreiverkehrs für Industrieprodukte mit der erweiterten EG im Vordergrund. Oesterreich ist bereit, den linearen Zollabbau ohne Ausnahmen anzubieten, befürchtet jedoch, dass die EG ihrerseits gewisse Ausnahmen, z.B. auf dem Papiersektor, beanspruchen könnte. Die Tendenz zu Sektorenausnahmen wäre zu bekämpfen.

Oesterreich will die "Treaty Making Power" wahren und strebt daher eine Freihandelszonenähnliche Lösung an. Es könnte wegen seines höheren Aussentarifs auf Ursprungszeugnisse für die Einfuhr aus der EG nicht verzichten, scheint aber bereit, seinen Aussenzoll demjenigen der EG anzunähern. Die Oesterreicher glauben, dass für die EG die Vermeidung von Wettbewerbsverfälschungen wegen billigeren Importen von Ausgangsmaterialien durch die Neutralen aus Drittstaaten wichtiger sein wird als eigentliche Harmonisierungsmassnahmen (Klagen der EG-Industrieverbände). Man sollte sich daher überlegen, ob dieser Befürchtung bei einzelnen Positionen durch eine künstliche Verteuerung des Exportes nach der EG (Exportabgabe) begegnet werden könnte.

Schweizerischerseits haben wir darauf hingewiesen, dass nur auf diejenigen Harmonisierungsfragen eingetreten werden sollte, die berechtigten wirtschaftlichen Erwägungen entspringen, nicht aber auf solche grundsätzlicher, d.h. dogmatisch-politischer Natur.

Auf dem Landwirtschaftsbereich hat in Oesterreich eine Wandlung stattgefunden. Die ursprüngliche Bereitschaft zur Herstellung des Warenfreiverkehrs besteht heute nicht mehr. Die österreichische Landwirtschaft erachtet die EG-Agrarpolitik als zu kostspielig. Oesterreich wird daher versuchen, eine Systemangleichung zu vermeiden und eine pragmatische Lösung im Sinne des Austausches gegenseitiger Präferenzen anzustreben. Exportinteressen für Rindfleisch und Milchprodukte. Lösung im Sinne

- 4 -

garantierter Mindestpreise gegen entsprechende Abschöpfungsminde-
rungen. Befürchtung massiver EG-Forderungen für Wein, Obst und
Gemüse (Lockerung des 4-Phasensystems). Politisches Problem bei
Differenzierung zwischen EG- und Ostlieferanten (z.B. für Tomaten).
EG hat seinerzeit Katalog von Waren erwähnt, für welche konkrete
Handelsvorteile gewünscht werden. Dieser Katalog wurde noch nicht
spezifiziert. EG scheint zu befürchten, dass Oesterreich seine
Landwirtschaftsproduktion nach der EG exportieren, seinen Bedarf
jedoch aus dem Osten decken wird. Wunsch einer gemeinsamen Hal-
tung mit der Schweiz betreffend verarbeitete landwirtschaftliche
Produkte (Problem des Zuckerpreises; Oesterreich hat Zuckerüber-
schüsse und muss Anbauflächen beschränken; Warenfreiverkehr daher
untragbar). Auch die Oesterreicher erachten Landwirtschaftskon-
zessionen als unerlässliche Voraussetzung für eine EG-Regelung,
vor allem wegen Italien. Im Gegensatz zum Handels- und Aussen-
ministerium glaubt das Landwirtschaftsministerium, ^{jedoch} dass langfri-
stig eine Angleichung an das EG-Agrarsystem in Aussicht genommen
werden muss.

Unterschiedliche Ausgangslage für Oesterreich im Ver-
gleich zur Schweiz:

- Hoher Selbstversorgungsgrad (80 - 82 %);
- Niedrigeres Preisniveau;
- Hauptimporte aus den Oststaaten;
- Grössere Exportinteressen nach der EG;
- Keine substantiellen Landwirtschaftsvereinbarungen mit anderen
EFTA-Staaten.

Für Oesterreich ist der Montansektor für eine Regelung
mit der EG von besonderer Bedeutung. Frage der Rückwirkungen
einer derartigen Regelung auf die Gültigkeit der Preisabsprachen
für Exporte nach der Schweiz.

Auf dem Gebiet der Integration der zweiten Generation
ist Oesterreich nur an einer Zusammenarbeit bei der Technologie
und der Industriepolitik interessiert und möchte diesbezüglich

ebenfalls ein angemessenes Mitspracherecht aushandeln. Die währungspolitischen Fragen stehen dagegen für Oesterreich im Hintergrund.

3. Oesterreichische Eröffnungserklärung (s. Beilage)

Die Oesterreicher sind sich bewusst, dass diese Eröffnungserklärung einen Rückzieher gegenüber der früheren österreichischen Haltung darstellt; daher möglichst allgemeine Formulierung, um diese Tatsache zu verschleiern. Wir haben die folgenden ersten Kommentare abgegeben:

- Anerkennung für die positive Darstellung der Bedeutung der Neutralität auf S. 5 und Vorschlag, dass die Neutralitätsvorbehalte auf S. 11, die aus der früheren Assoziationskonzeption übernommen worden sind, nicht in einer Weise formuliert werden, den den Eindruck erwecken könnte, dass sich Oesterreich mit einem Neutralitätsvorbehalt begnügen würde. Insbesondere sollte der Vorbehalt der "Treaty Making Power" als Neutralitätsattribut in den ersten Teil übertragen werden. Die Oesterreicher haben diese Anregung positiv entgegengenommen.
- Der Hinweis auf paritätische Vertragsorgane ist verfrüht. Er stammt ebenfalls aus dem Vokabularium des Assoziationskonzeptes. Der Konsultationsmechanismus muss sich nach dem Inhalt der neuen Sonderregelung richten.
- Der Absatz über Landwirtschaft auf S. 10 entspricht nicht den mündlichen österreichischen Darlegungen. Die österreichische Seite gibt dies zu und will den Passus ändern. Die Tatsache, dass er in Klammer steht, zeigt, dass innerhalb der österreichischen Regierung die Frage des möglichen Ausmasses einer Angleichung an das EG-Agrarsystem noch kontrovers ist.

Unser Eindruck ist, dass die vorgesehene österreichische Eröffnungserklärung unsere Konzeption nicht stört. Der

Aufbau dieser Erklärung kann für die Schweiz jedoch nicht beispielgebend sein, weil das österreichische Kommissariatsargument (exponierte Stellung erfordert besondere Rücksichtnahme) im Vordergrund steht.

4. EFTA-Ministerkonferenz

Der dänische Vorschlag, konkrete Arbeitsmandate als Beweis für die Ernsthaftigkeit des Wunsches nach einer zeitlich koordinierten Gesamtlösung zu erteilen, scheint den Oesterreichern zwar einleuchtend; sie befürchten jedoch eine Ablehnung durch Grossbritannien, die ein negatives Präjudiz darstellen würde. Jedenfalls sollte nach österreichischer Auffassung das Programm auf drei Punkte konzentriert werden, nämlich:

- (i) Erfordernisse zur Wahrung der EFTA-Zollfreiheit; sowohl im Verhältnis zur erweiterten EG als auch zwischen den nicht-beitretenden EFTA-Staaten;
- (ii) Konsultationsmechanismus zur Gewährleistung des Gesamtüberblickes über den Stand der bilateralen Verhandlungen mit der EWG auf den verschiedenen Sachgebieten; systematische Analyse der sich auf Grund der EFTA-Briefings in Brüssel ergebenden Verhandlungsdiskrepanzen;
- (iii) Stellungnahme zur Integration der zweiten Generation.

Weder Oesterreich noch die Schweiz werden auf einer Verschiebung des Datums der EFTA-Ministerkonferenz bestehen.

5. Welthandelsfragen

Botschafter Weitnauer setzte die Gründe auseinander, weshalb keine Versuche zur Verbesserung der amerikanischen Trade Bill vor Vertagung des Kongresses unternommen werden sollen. Statt dessen sollten sich die kleinen Staaten stärker für die Aktivierung des GATT-Programms einsetzen und die Industrieverbände entsprechend mobilisieren. Im Gegensatz dazu glauben

- 7 -

die Oesterreicher, dass doch noch Aussicht besteht, dass die Mills Bill Anfang nächsten Jahres im neuen Kongress rascher zustande kommen wird.

1 Beilage

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'John' or similar, written in a cursive style.